

# Wirtschaft



**Bundesforste:** Rudolf Freidhager über die Verluste beim Holz »Seite 9

7

ATX 2214,86 (+2,88%) Euro/Dollar 1,0975 (+0,6%) Gold (\$/Unze) 1716,30 (-0,6%) Dow Jones (Eröffnung) 25.038,12 (+2,34%)



Modehändler Dressmann ist seit zwei Wochen insolvent, als Grund gab die Textilkette den Lockdown an. Andere Händler fürchten, ebenfalls zu straucheln. (Varena.at)

## Die Ruhe vor dem Sturm: Wann beginnt die Insolvenzwelle zu rollen?

Derzeit gibt es auffallend wenige Firmenpleiten – doch Experten erwarten einen Anstieg

VON SIGRID BRANDSTÄTTER

**LINZ/WIEN.** Kommt die erste Insolvenzwelle schon Ende Juni, weil dann die Urlaubsgelder fällig werden? Im Handel sieht man „Gefahr in Verzug“. Der Handelsverband warnt davor, dass Firmen die Liquidität ausgeben könnte – auch weil die finanziellen Hilfen lange auf sich warten lassen.

Seit dem Lockdown Mitte März ist die Zahl der Firmenpleiten um zwei Drittel zurückgegangen, berichtete der Gläubigerschutzverband Creditreform gestern. Dazu hat auch eine spezielle Corona-Gesetzgebung beigetragen: Diese gibt Firmen bis zu 120 Tage Zeit, eine Zahlungsunfähigkeit vor dem Insolvenzgericht einzugestehen. Diese Frist läuft erst Ende Juni aus.

Überschuldung als Insolvenzgrund wurde überhaupt ausgesetzt, sagt der Wirtschaftsanwalt Thomas Kurz. Er bestätigt als Schuldnervertreter einen „erhöhten Beratungsbedarf“ von Mandanten, die um den Fortbestand ihrer Firmen ringen. „Wir schicken nicht alle sofort zum Insolvenzrichter. Eine positive Fortbestandsprognose nach dem Lehrbuch können etliche Firmen nicht vorlegen. Das darf man derzeit nicht zu eng interpretieren, sonst werden ganze Branchen vernichtet.“ Besonders gefährdet seien die Gastronomie und der Handel – vor allem der Modehandel.

„Eine positive Fortbestandsprognose nach dem Lehrbuch können etliche Firmen derzeit nicht vorlegen.“

■ **Thomas Kurz**, Wirtschaftsanwalt und Insolvenzverwalter

„Die Insolvenzen werden um mindestens zehn Prozent steigen, aber wir kommen von einem extrem niedrigen Niveau.“

■ **Gerhard Weinhofer**, Gläubigerschutzverband Creditreform

Kurz erwartet, dass erst im Oktober, November eine große Pleitenwelle rollen wird. Dann hätten etliche Unternehmer über den Sommer vergeblich gehofft, dass sich das Geschäft erholt – und dann seien die letzten Reserven aufgebraucht. Firmen, die wegen der Urlaubsgeldauszahlung strauchelten, seien vor dem Herunterfahren der Wirtschaft nicht gesund gewesen, so die Analyse des erfahrenen Insolvenzverwalters.

Gerhard Weinhofer vom Gläubigerschutzverband wagt keine Prognose, ab wann die Zahl der Insolvenzanmeldungen steigen wird. Dass sie steigen wird, sei fix. „Aber wir kommen von einem extrem niedrigen Niveau. Die Jahre 2018, 2019 haben viele Unternehmen genutzt, ihre Eigenkapitaldecke zu verstärken“, verweist Weinhofer auf ganz aktuell erhobene Daten aus seinem Haus.

### Gefährlich dünne Kapitaldecken

So haben 42 Prozent der Produzenten und gewerblichen Anbieter mehr als 30 Prozent Eigenkapitalanteil an der Bilanzsumme. Allerdings unterschreiten 20 Prozent der Unternehmen die kritische Marke von zehn Prozent – in der Baubranche ist es fast jedes dritte Unternehmen.

Zehn Prozent mehr Insolvenzen sei die Untergrenze, so Weinhofer. Das bedeute ein Plus von 500 Konkursen – was noch nicht viel sei.

### KOMMENTAR

VON HERMANN NEUMÜLLER



### Schwer zu ertragen

Es kam, wie es kommen musste. Michael O’Leary, Chef der irischen Billig-Airline Ryanair, will das Rettungspaket für die deutsche Lufthansa anfechten. Er sieht darin eine illegale staatliche Beihilfe und eine Verzerrung des Wettbewerbs.

Ausgerechnet O’Leary. Dem umtriebigen Unternehmer ist jedes

### Ryanair-Chef will die Lufthansa-Rettung kippen

Mittel recht, um seiner Ryanair Vorteile zu verschaffen. Meist geht dies auf Kosten seiner Mitarbeiter. Auch so mancher Manager eines Regionalflughafens hat schon mit den Geschäftspraktiken O’Learys Bekanntschaft gemacht. Es ist schwer zu ertragen, dass O’Leary jetzt auch gegen die Rettung von zehntausenden Arbeitsplätzen bei der Lufthansa und anderen Airlines vorgeht.

Vielleicht wäre es doch besser gewesen, das EU-Staatsbeihilfenrecht vorübergehend auszusetzen, so wie es Österreichs Finanzminister Gernot Blümel vor Wochen vorgeschlagen hat. So wichtig es ist, dass die EU sich für fairen Wettbewerb in „normalen“ Zeiten starkmacht, derzeit brauchen die Regierungen mehr Spielraum.

✉ [h.neumueller@nachrichten.at](mailto:h.neumueller@nachrichten.at)

### ÜBERBLICK

#### Mars verkauft Schokofabrik an Ritter

**BREITENBRUNN.** Das deutsche Schokoladenunternehmen Alfred Ritter übernimmt Anfang 2021 Vermögenswerte der Waffelfabrik von Mars Austria in Breitenbrunn. Auch die Markennamen Amicelli, Fanfare und Banjo wurden verkauft. Die 110 Mitarbeiter verlieren bis November ihren Job. Für sie gibt es ein Sozialplan.

#### Marktmissbrauch: Urteil gegen Peugeot Österreich

**WIEN.** Das Kartellgericht Wien hat den Autobauer PSA nicht rechtskräftig wegen Missbrauch seiner marktbeherrschenden Stellung verurteilt. Dem Urteil war ein Rechtsstreit mit dem oberösterreichischen Händler Büchl vorausgegangen. Das Gericht kritisiert etwa, dass Peugeot Österreich die Freiheit bei der Preisgestaltung unzulässig einschränkt.

#### Wick: AMS und Land OÖ gründen Stiftung

**LINZ.** Die vom Land Oberösterreich und dem Arbeitsmarktservice angebotene Insolvenzstiftung für Mitarbeiter der insolventen Firma Wick ist fix. 200 Beschäftigte haben Interesse an den gebotenen Qualifizierungsmaßnahmen.

## Lufthansa hofft auf rasche EU-Genehmigung

Ryanair-Chef Michael O’Leary will gegen das Rettungspaket für die Lufthansa rechtlich vorgehen

**FRANKFURT.** Die AUA-Mutter Lufthansa rechnet nach Informationen aus Verhandlungskreisen mit einer baldigen Zustimmung der EU-Kommission zum milliardenschweren staatlichen Rettungspaket. Eine Entscheidung soll innerhalb weniger Tage fallen, hieß es gestern.

Die Wettbewerbsbehörde fordert, dass die Lufthansa an ihren wichtigen Drehkreuzen Frankfurt und München Start- und Landerechte von jeweils drei der insgesamt etwa 300 dort stationierten Flugzeuge an Konkurrenten abgibt. Die EU-Kommission wollte sich zu den Verhandlungen nicht äußern, verwies aber allgemein darauf, dass solche Auflagen notwendig seien, damit der Wettbewerb durch Staatshilfe nicht verzerrt

wird. Die Lufthansa wollte zum Inhalt der Gespräche mit der EU ebenfalls keine Stellung nehmen. Ein Sprecher erklärte aber, die Airline wolle fair behandelt werden im Vergleich zu anderen großen Airlines, die auch mit Staatsgeldern in der Coronakrise gestützt werden.

Eine Wettbewerbsverzerrung durch die Finanzhilfe beklagt Ryanair, der größte Billigflieger Europas. Die neun Milliarden Euro seien eine rechtswidrige Subvention, mit der die Lufthansa auf Kurzstreckenflügen von und nach Deutschland Preise unter Kosten anbieten könne.

Ryanair und andere Airlines, die keine Kapitalspritzen des Staates nutzten, könnten auf diesen Strecken nicht konkurrieren. Die Billig-Airline beschaffte sich allerdings



Auf dem Boden

Foto: Reuters

auch einen staatlich abgesicherten Kredit in Großbritannien.

Die Zeit zum Abschluss der Rettungsaktion für die Lufthansa drängt unterdessen. Denn dafür ist ein Votum auf einer außerordent-

lichen Hauptversammlung notwendig, die noch im Juni stattfinden soll. Als Nächstes wird einem Insider zufolge am Mittwoch der Lufthansa-Aufsichtsrat über das Finanzpaket entscheiden und einen Termin für das außerordentliche Aktionärstreffen festlegen.

### Gespräche bei Laudamotion

Bei Laudamotion soll noch einmal versucht werden, die Schließung in Wien zu verhindern. Laudamotion hat am Montag gegenüber den Mitarbeitern erklärt, die Schließung der Basis in Wien per 29. Mai könnte noch verhindert werden, wenn die Gewerkschaft vda den Kollektivvertrag vor dem 28. Mai unterschreibe, hieß es in einem Schreiben der Laudamotion-Geschäftsführung an die Mitarbeiter.